

Protokoll

Stadtrat von Thun

Sitzung vom 24. Juni 2021, 17:15 Uhr, Lachensaal, Kultur- und Kongresszentrum Thun (KKThun)

Anwesend

Stadtrat

Vorsitz: Stadtratspräsident Roman Gugger
Peter Aegerter, Hanspeter Aellig, Katharina Ali-Oesch, Martin Allemann, Marc Barben, Jonas Baumann-Fuchs, Thomas Bieri, Valentin Borter, Philipp Deriaz, Nicolas Glauser, Sonja Graf, Thomas Hiltpold, Daniela Huber Notter, Manon Jaccard, Reto Kestenholz, Nicole Krenger, Alice Kropf, Christoph Lauener, Barbara Lehmann Rickli, Manfred Locher, Thomas Rosenberg, Eveline Salzmann, Reto Schertenleib, Verena Schneiter, Franz Schori, Nina Siegenthaler, Alois Studerus, Markus van Wijk, Vera Vuille, Daniel Waldspurger, Cloe Weber, Simon Werren, Sarah Zaugg

Gemeinderat

Stadtpräsident Raphael Lanz, Gemeinderätin Andrea de Meuron,
Gemeinderäte Roman Gimmel, Konrad Hädener und Peter Siegenthaler

Ferner

ao. Ratssekretärin Gemeinderat Gabriela Meister

Sekretariat

Stadtratssekretär Christoph Stalder
Protokollantin Tanja Aebersold

Entschuldigt

Stadträtinnen Susanne Gygax, Michelle Marbach, Stadträte Adrian Christen,
Alwin Hostettler, Serge Lanz, Ronald Wyss, Stadtschreiber Bruno Huwyler
Müller

Schluss der Sitzung

19:55 Uhr

Der Stadtratspräsident begrüsst zur fünften Stadtratssitzung des Jahres 2021. Er heisst die beiden neuen Stadratsmitglieder Sonja Graf und Thomas Bieri herzlich willkommen.

Der Rat wählt stillschweigend Nicolas Glauser als Ersatzstimmzähler für den abwesenden Ronald Wyss.

Der Rat genehmigt die Traktandenliste stillschweigend.

47. Protokoll

Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 6. Mai 2021

Der Rat genehmigt das Protokoll stillschweigend.

48. Sachkommission Bildung Sport Kultur

Ersatzwahl für die zurückgetretene Barbara Klossner (SVP)

Der Rat genehmigt stillschweigend folgenden

Stadtratsbeschluss

Der Stadtrat von Thun, gestützt auf Art. 37 Buchstabe b Stadtverfassung, beschliesst:

1. In die Sachkommission Bildung Sport Kultur wird als Mitglied anstelle von Barbara Klossner (SVP) per sofort gewählt: Serge Lanz (SVP).
2. In die Sachkommission Finanzen Ressourcen Umwelt wird als Mitglied anstelle von Serge Lanz (SVP) per sofort gewählt: Valentin Borter (SVP).
3. In die Sachkommission Sicherheit und Soziales wird als Mitglied anstelle von Valentin Borter (SVP) per sofort gewählt: Thomas Bieri (SVP).

49. Sachkommission Bildung Sport Kultur

Ersatzwahl für den zurückgetretenen Carlo Schlatter (SVP)

Der Rat genehmigt stillschweigend folgenden

Stadtratsbeschluss

Der Stadtrat von Thun, gestützt auf Art. 37 Buchstabe b Stadtverfassung, beschliesst:

In die Sachkommission Bildung Sport Kultur wird als Mitglied anstelle von Carlo Schlatter (SVP) per sofort gewählt: Sonja Graf (SVP).

50. Wahlkommission

Wahl von Michael Jost (glp) anstelle des zurücktretenden Ronald Wyss (BDP)

Der Rat genehmigt stillschweigend folgenden

Stadtratsbeschluss

Der Stadtrat von Thun, gestützt auf Artikel 37 Buchstabe c Stadtverfassung und nach Kenntnisnahme vom gemeinderätlichen Bericht vom 19. Mai 2021, beschliesst:

1. Von der Demission von Ronald Wyss per 30. Juni 2021 wird Kenntnis genommen. Die in diesem Amt geleisteten Dienste werden bestens verdankt.
2. Als Ersatz für Ronald Wyss wird Michael Jost, geb. 1986, von Heimiswil BE, Wirtschaftsinformatiker, wohnhaft Friedheimstrasse 17, 3600 Thun als Mitglied in die Wahlkommission gewählt, und zwar ab 1. Juli 2021 und für den Rest der laufenden, am 31. Dezember 2022 endenden Amtsdauer.
3. Der Gemeinderat wird mit der Ausführung dieses Beschlusses beauftragt.

51. Jahresrechnung und Jahresbericht 2020

Genehmigung

Bericht des Gemeinderates Nr. 11/2021

a) Eintretensdebatte über den ganzen Bericht

Gemeinderätin Andrea de Meuron führt aus, dass bei der Vorlage des Budgets 2020 noch ein ausgeglichenes Budget präsentiert worden ist mit einer unveränderten Steueranlage. Damals war Corona kein Thema. Heute sieht die Welt anders aus. Die vorgelegene Rechnung sieht jedoch dasselbe Ergebnis vor wie das Budget: Erneut wird eine schwarze Null geschrieben, die Zahlen sind aber besser als erwartet. Es gibt CHF 2.3 Mio. weniger Personalaufwand, CHF 1.4 Mio. weniger Sach- und Betriebsaufwand sowie CHF 0.9 Mio. mehr Steuerertrag. Wichtig zu erwähnen ist, dass die Steuereinnahmen auf die Zeit vor Corona zurückzuführen sind. CHF 3.9 Mio. werden in die Spezialfinanzierung für den baulichen Unterhalt eingelegt. Das Ergebnis bestätigt die solide Thuner Finanzpolitik und ist ein wichtiger Beitrag für einen attraktiven Standort. Der Realisierungsgrad ist aber kritisch. Im Jahr 2020 wurden Nettoinvestitionen von CHF 43.5 Mio. verbucht. Speziell zu erwähnen ist die bilanzmässige Umgliederung des Darlehens der Energie Thun AG von 22 Mio. Franken vom Finanz- in das Verwaltungsvermögen. Wenn man dies mitberücksichtigt, bestehen nur noch Nettoinvestitionen von CHF 21.5 Mio. Damit sinkt der Realisierungsgrad auf 68 %. Angestrebt ist ein Realisierungsgrad von 100 %. Es ist aber eine Entwicklung in die richtige Richtung festzustellen. Die Entwicklung der Selbstfinanzierung ist ebenfalls kritisch. Es werden durchwegs negative Finanzierungserfolge ausgewiesen, was bedeutet, dass von der Substanz gezehrt wird. Diese Sorgen werden sich in Zukunft noch akzentuieren auch wegen den sinkenden Steuereinnahmen wegen der Coronakrise. Thun hat aber einen gesunden Finanzhaushalt und weist als einzige der Berner Städte ein Nettovermögen aus. Auch der Bruttoverschuldensanteil ist im Quervergleich sehr tief.

Daniela Huber Notter, BRK, sagt, dass die Stadt ihre Dienstleistungen im Rahmen der gesetzlichen Vorgaben während der Pandemie weiterhin erbringen konnte. Wieder wird die Rechnung mit einer schwarzen Null abgeschlossen. Es besteht ein Ertragsüberschuss von CHF 1.3 Mio. Tieferer Personalaufwand, Sach- und übriger Betriebsaufwand, Honorar- und Spesenentschädigung wie auch die tieferen Zinsen und die übrigen Finanzaufwände führen darauf zurück. Es gibt eine Besserstellung gegenüber dem Budget von CHF 4.8 Mio. Nach der Abschlussbuchung in die Spezialfinanzierung ergibt sich die schwarze Null. Die Zahl der Gemeinderatsgeschäfte kletterte im Jahr 2020 auf über 1'000. Dies ist auch auf Covid zurückzuführen. Sie möchte aber an alle Stadtratsmitglieder appellieren, mit Vorstössen zurückhaltend zu sein. Der Steuerertrag ist gut, aber dieser bezieht sich auf das Steuerjahr 2019. CHF 61.2 Mio. wurden dem Lastenausgleich zugeführt. Die Spezialfinanzierung Abfallbeseitigung weist ein Minus aus. Gemäss der Gemeindeverordnung ist die Stadt nun verpflichtet, innerhalb von acht Jahren seit der erstmaligen Bilanzierung den Finanzfehlbetrags durch erwirtschaftete Überschüsse abzubauen. Die Wahl der externen Revisionsstelle war mit zusätzlichem Aufwand verbunden. Die Effizienz der Prüfung kann aber so gewährleistet werden

und es werden personelle Unvereinbarkeiten vermieden. Das erste Ergebnis der unabhängigen Revisionsstelle ist erfreulich und diese beantragt, die Rechnung zu genehmigen.

Glauser Nicolas, glp/BDP-Fraktion, teilt mit, dass der Jahresbericht eine gute Standortbestimmung bietet. Er sagt, dass die Ampeln der Legislaturziele einen aktualisierten Stand der Umsetzung bieten und er hofft, dass diese einen Ansporn bilden, damit die Ziele noch besser verfolgt werden. Die Fraktion stimmt der Jahresrechnung zu und folgt dem Antrag des Gemeinderates einstimmig.

Verena Schneiter, Fraktion EVP+EDU+CVP, ist erfreut über den guten Rechnungsabschluss für das Jahr 2020. Die Ausgabendisziplin und die fundierte Budgetierung zahlen sich einmal mehr aus. Der Steuerertrag liegt erfreulicherweise über dem Budgetwert. Dass der Rechnungsüberschuss von CHF 3.9 Mio. vorausschauend in die Spezialfinanzierung baulichen Unterhalt fliesst, wird unterstützt. Bemerkenswert ist auch das Eigen- und Fremdkapital in der Bilanz. Es hält sich genau die Waage. Die Anzahl steuerpflichtiger Personen hat ihre Aufmerksamkeit geweckt. Positiv ist, dass die Anzahl juristischer steuerpflichtiger Personen im Vergleich zu 2019 leicht zugenommen hat. Stark abgenommen hat aber die Anzahl natürlicher steuerpflichtiger Personen. Diese Entwicklung bedarf grosser Aufmerksamkeit. Die Fraktion nimmt alle vier Punkte der Jahresrechnung einstimmig an und genehmigen auch den Jahresbericht 2020.

Barbara Lehmann Rickli (FDP) erläutert, dass die Zahlen der Rechnung etwa im budgetierten Rahmen sind und dort, wo sie abweichen, ist schlüssig erklärt warum. Aufgestauter Unterhalt soll sinnvollerweise abgebaut werden, weshalb einer Einlage in die Spezialfinanzierung baulicher Unterhalt zugestimmt werden kann. Der allgemeinen Verschuldung muss ein Augenmerk gewidmet werden. Diese darf keinesfalls steigen. Auch wir Parlamentarier sind hier gefragt. Betreffend den geringeren Personalaufwand ist anzumerken, dass hierfür nicht externe Leistungen eingekauft werden sollen. Die FDP wird sämtliche Punkte annehmen.

Thomas Hiltbold, Fraktion Grüne/JG, teilt mit, dass die Fraktion sämtlichen Anträgen im Zusammenhang mit der Rechnung 2020 zustimmen wird. Es wurde wieder einmal vorsichtig budgetiert und wesentlich besser abgeschlossen. Corona hat Spuren mit Ausgaben von rund CHF 2.5 Mio. hinterlassen. Die Rechnung ist insgesamt sehr erfreulich. Die Stadt Thun hat sich in der Coronakrise bewährt und rasch, flexibel und zeitgerecht reagiert. Dabei hat sie in der Region eine Führungsrolle übernommen. Er ist gespannt auf die nächste Rechnung, wenn die Folgen der Corona-bedingten Wirtschaftskrise mehr zum Tragen kommen. Die Krise hat gezeigt, dass der Staat auf jeder Ebene in der Lage ist, eine solche zu meistern. Eine ähnliche Entschlossenheit und Handlungsfähigkeit wünscht er sich auch in Bezug auf andere Krisen wie beispielsweise die Klimaerwärmung.

Valentin Borter, SVP-Fraktion, sagt, dass auf dem Personal der Stadt Thun ein grosser Druck lastet. Dies liegt zum einen sicherlich an den Prozessen, welche sich auch wegen Corona verkompliziert haben. Aber auch die Stadtratsmitglieder sind mitverantwortlich. Die Bevölkerungsentwicklung hat sich verschlechtert. Es ist wichtig, dass die Ortsplanungsrevision vorangetrieben wird. Die wirtschaftlichen Folgen der Krise werden sich erst noch zeigen. Mit den Ressourcen muss vorsichtig umgegangen werden. Die Sterblichkeit ist im Vergleich zum Jahr 2019 in der Stadt Thun rückläufig. Dies zeigt auf, wie sich die Thuner Bevölkerung an die angeordneten Massnahmen gehalten hat. Die Rechnung ist sehr übersichtlich aufgebaut. Einzig über den Sinn der Ampelfarben muss man sich nochmals Gedanken machen. Die Fraktion stimmt der Rechnung zu und genehmigt den Jahresbericht.

Katharina Ali-Oesch, SP-Fraktion, freut sich über den guten Rechnungsabschluss. Thun verfügt über ein Nettovermögen. Sie hofft, dass im nächsten Jahr so viel finanzieller Spielraum bestehen wird, dass für die Aufgabenerfüllung der Stadt genügend Ressourcen zur Verfügung gestellt werden können. Das Budget hat einen ausgeglichenen Abschluss prognostiziert. Dieser ist nun besser als erwartet, sodass Geld in die Spezialfinanzierung baulicher Unterhalt eingelegt werden kann. Angesichts der grossen Bauvorhaben, insbesondere betreffend den Schulraum, sind diese knapp CHF 4 Mio. mehr als eine willkommene Einlage. Die Finanzlage der Stadt Thun ist gut. Das neue System der Rechnungsprüfung ist erfolgreich gestartet. Aufgefallen ist ihr der deutlich höhere Finanzaufwand gegenüber dem Budget, welcher auf eine

Neubewertung des Verwaltungsvermögen zurückzuführen ist. Trotz Pandemie soll man positiv in die Zukunft schauen. Die Krisenbewältigung ist bis jetzt gut gelungen, wird aber sicherlich weiter andauern. Sie wünscht sich, dass die Kompetenz des Stadtrates betreffend die übergeordneten Zielsetzungen der Produktegruppen wieder explizit aufgeführt wird. Die Arbeiten für die Ortsplanungsrevision dauern schon lange an und der Mitwirkungsbericht wurde veröffentlicht. Die Informationen im Jahresbericht hierzu sind aber kläglich. Da es auch noch viele andere Projekte gibt, ist fraglich, ob die Zielsetzungen erreicht werden können. Sie ist überzeugt, dass die Lebensqualität durch einen guten Service Public noch weiter steigt. Der Stadt Thun muss man Sorge tragen und es braucht mehr Investitionen für eine nachhaltige Infrastruktur, damit die lokale Wirtschaft gestärkt und die Klimakrise bewältigt werden kann. Die Fraktion folgt dem Antrag des Gemeinderates einstimmig und in allen Punkten.

b) Detailberatung

Teil A - allgemeine Berichterstattung

Keine Bemerkungen

Teil B - Jahresrechnung 2020

Keine Bemerkungen

Teil C - Produktegruppenrechnungen 2020

Direktion Präsidiales und Stadtentwicklung (P+StE)

Keine Bemerkungen

Direktion Bau und Liegenschaften (B+L)

Keine Bemerkungen

Direktion Bildung Sport Kultur (BiSK)

Keine Bemerkungen

Direktion Sicherheit und Soziales (Si+So)

Keine Bemerkungen

Direktion Finanzen Ressourcen Umwelt (FiRU)

Keine Bemerkungen

Gemeinderätin Andrea de Meuron dankt für die gute Aufnahme dieser Rechnung. Betreffend die Ausführungen von Stadträtin Lehmann Rickli, dass nicht anstelle des Personalaufwandes Leistungen extern eingekauft werden sollen, führt sie aus, dass dies nicht die Absichten des Gemeinderates sind. Dass der Personalaufwand tiefer ist, liegt zum einen daran, dass nicht die Leute gefunden werden können, welche nötig sind. Gerade bei der Informatik besteht das Problem, dass es schwierig ist, mit den Löhnen der Privatwirtschaft zu konkurrenzieren. Wenn immer möglich werden die Leistungen nicht extern eingekauft, da für Externe auch der interne Ablauf nicht zugänglich ist. Für die vielen zu bewältigenden Aufgaben werden Personalressourcen benötigt, was in der Spannung zum Stellenmoratorium steht. Im nächsten Budgetprozess ist dies zu beraten. Wie Stadtrat Hiltbold ist auch sie auf die Rechnung 2021 gespannt. Für den Gemeinderat ist es wichtig, dass Thun ein attraktiver Standort ist, damit Unternehmen angezogen werden können und so spannende Stellen geschaffen werden können. Aufgrund der Steuerreform sowie der Pandemie ist es wohl gar nicht so schlecht, dass betreffend juristische Personen eine stabile Ausgangslage besteht.

Der Rat genehmigt einstimmig folgenden

Stadtratsbeschluss

Der Stadtrat von Thun, gestützt auf Artikel 36 Buchstabe a und Artikel 40 Buchstabe i der Stadtverfassung, Artikel 16 des Finanzreglements und Artikel 51 Geschäftsreglement des Stadtrates von Thun sowie nach Kenntnisnahme des Jahresberichts inklusive Jahresrechnung 2020, beschliesst:

1. Bewilligung eines Nachkredites von CHF 3'903'960.82 als neue Ausgabe zu Lasten der Erfolgsrechnung 2020, Konto 5140.3632.01 für die zusätzliche Dotierung der Spezialfinanzierung Baulicher Unterhalt Verwaltungsvermögen.
2. Kenntnisnahme der bewilligten Nachkredite von CHF 27'591'697.03 in der Kompetenz des Gemeinderates, davon CHF 75'861.95 neu und CHF 27'515'835.08 gebunden.
3. Kenntnisnahme der bewilligten gebundenen Nachkredite von CHF 496'696.09 in der Kompetenz der Direktion Finanzen Ressourcen Umwelt (gemäss SW 2).
4. Genehmigung der Jahresrechnung 2020:

Aufwand Gesamthaushalt	CHF 293'357'314.22
Ertrag Gesamthaushalt	CHF 294'697'520.69
Ertragsüberschuss	CHF 1'340'206.47
Aufwand Allgemeiner Haushalt	CHF 275'662'667.44
Ertrag Allgemeiner Haushalt	CHF 275'662'667.44
Aufwand-/Ertragsüberschuss	CHF 0
Aufwand Spezialfinanzierung Abwasseranlagen	CHF 5'777'260.50
Ertrag Spezialfinanzierung Abwasseranlagen	CHF 7'151'351.65
Ertragsüberschuss	CHF 1'374'091.15
Aufwand Spezialfinanzierung Abfallbeseitigung	CHF 6'910'449.11
Ertrag Spezialfinanzierung Abfallbeseitigung	CHF 6'551'593.91
Aufwandüberschuss	CHF 358'855.20
Aufwand Spezialfinanzierung Feuerwehr	CHF 2'485'328.70
Ertrag Spezialfinanzierung Feuerwehr	CHF 3'339'320.12
Ertragsüberschuss	CHF 853'991.42
Aufwand Spezialfinanzierung Parkinggebühren	CHF 2'323'277.31
Ertrag Spezialfinanzierung Parkinggebühren	CHF 2'010'587.57
Aufwandüberschuss	CHF 312'689.74
Aufwand Spezialfinanzierung Parkplatzersatzabgaben	CHF 198'331.16
Ertrag Spezialfinanzierung Parkplatzersatzabgaben	CHF -18'000.00
Aufwandüberschuss	CHF 216'331.16
Ausgaben Investitionsrechnung	CHF 45'254'759.10
Einnahmen Investitionsrechnung	CHF 1'718'464.60
Nettoinvestitionen	CHF 43'536'294.50

5. Genehmigung des Jahresberichtes 2020.

52. Jahresbericht 2020. Stand der hängigen Motionen und Postulate per 28. Februar 2021

Kenntnisnahme und Abschreibungen

Bericht des Gemeinderats Nr. 9/2021

Marc Barben, **Fraktion Grüne/JG**, beantragt die Nichtabschreibung von Punkt 27 (Postulat 22/2018 für mehr Sitzgelegenheiten in Thun). Insbesondere in der Innenstadt ist die Prüfung noch nicht ganz abgeschlossen. Namentlich die Bänke der Aktion Thun nimmt Platz wurden nicht ersetzt und die Ergebnisse der Attraktivierung Innenstadt liegen noch nicht vor.

Der Rat stimmt der Nichtabschreibung grossmehrheitlich zu.

Marc Barben, **Fraktion Grüne/JG**, beantragt die Nichtabschreibung von Punkt 30 (Postulat P 28/2018 für ein Generationenhaus für Thun). Auch hier ist die Prüfung nicht abgeschlossen. Wegen des Textes zum Stand der Bearbeitung wird zudem angenommen, dass der Vorstoss nicht ganz richtig verstanden worden ist. Es geht darum, etwas Vergleichbares wie das Generationenhaus in Bern für Thun zu prüfen. Die Antwort betrifft eher generationenübergreifendes Wohnen.

Der Rat stimmt der Nichtabschreibung grossmehrheitlich zu.

Marc Barben, **Fraktion Grüne/JG**, beantragt die Nichtabschreibung von Punkt 36 (Postulat P 9/2019 für eine Umstellung auf CO2-arme Fahrzeugflotte der Stadt Thun). Es werden positive Einzelbeispiele genannt, aber es liegt derzeit noch kein niedergeschriebenes Mobilitätsmanagement von der Verwaltung vor. Auch ist noch der Vorstoss betreffend Nachhaltigkeitskriterien in der Beschaffung offen, welcher die Fahrzeuge auch miteinschliesst.

Der Rat stimmt der Nichtabschreibung grossmehrheitlich zu.

Katharina Ali-Oesch, **SP-Fraktion**, beantragt die Nichtabschreibung von Punkt 48 (Postulat P 24/2019 für einen jährlichen finanziellen Beitrag an die Projekte Förderverein Thun-Gabrovo). Die Neubeurteilung des Gemeinderates führte dazu, dass sich die Ausgangslage veränderte. Der Betrag von CHF 30'000.00 ist nun allgemein für Partnerschaftsprojekte eingestellt. Es wird erwähnt, dass im Jahr 2020 keine Gesuche vom Förderverein Thun-Gabrovo eingereicht wurden. Dies ist wohl vor allem der Pandemie geschuldet, da der Austausch über die Landesgrenzen auch heute noch erschwert ist. Bevor die Fraktion der Abschreibung zustimmen kann, möchte sie wissen, wie der Gemeinderat den Begriff Daueraufgabe oder anerkannte Zielsetzung bezüglich dieses Postulats genau definiert.

Der Stadtpräsident führt aus, dass hier ein Spielraum besteht. Die Beträge wurden im Budget eingestellt und wenn Gesuche eingehen, werden diese geprüft werden. Das Grundanliegen ist nicht umstritten. Die Beendigung dieser Partnerschaft erfolgte nicht aus finanzpolitischen Gründen. Der Betrag muss gemäss dem Gemeinderat nicht eingespart werden. Wenn es sinnvolle Projekte gibt, besteht die Möglichkeit, diese zu unterstützen. Mehr kann er hierzu nicht sagen, da die Projekte nicht auf dem Tisch liegen. Der Vorstoss kann abgeschrieben werden oder nicht. Der Gemeinderat macht dasselbe. Er wird die Projekte prüfen und schauen, ob sinnvolle Projekte unterstützt werden können.

Katharina Ali-Oesch, **SP-Fraktion**, ist mit dieser Ausführung zufrieden stimmt damit der Abschreibung zu. Sie zieht den Antrag zurück.

Marc Barben, **Fraktion Grüne/JG**, beantragt die Nichtabschreibung von Punkt 54 (Postulat P 7/2020 für Tempo 30 für sichere Schulwege). Der Vorstoss wurde durch den Stadtrat vor einem Jahr nicht abgeschrieben, weil die Prüfung grösstenteils noch nicht erfüllt war und die Resultate nicht vorlagen. Daran hat sich bis heute substantiell nicht viel geändert. Die Prüfung soll nicht erst im Jahr 2035 im Rahmen vom Gesamtverkehrskonzept gemacht werden, sondern zeitnah.

Gemeinderat Konrad Hädener wiederholt seine Ausführungen vom letzten Jahr, nämlich dass diese Ausführungs- und Gestaltungskonzepte, welche wesentlich sind, mit dem Gesamtverkehrskonzept einen direkten Zusammenhang haben und diesem sinnvollerweise nicht vorgegriffen werden soll. Wenn der Stadtrat nicht abschreiben will, wird er dies in den nächsten Jahren auch nicht wollen, was durchaus legitim ist. An dem, was bei der Beantwortung des Postulats in Aussicht gestellt worden ist, wird festgehalten.

Der Rat stimmt der Nichtabschreibung grossmehrheitlich zu.

Der Rat genehmigt grossmehrheitlich folgenden

Stadtratsbeschluss

Der Stadtrat von Thun, gestützt auf Artikel 51 seines Geschäftsreglements und nach Kenntnisnahme vom gemeinderätlichen Bericht vom 7. März 2021, beschliesst:

1. Kenntnisnahme vom Stand der hängigen Motionen und Postulate.
2. Die Vorstösse Nrn. 7, 10, 16, 19, 28, 41, 42, 48, 51, 52 und 55 dieses Berichtes werden abgeschrieben.

53. Postulat P 1/2021 betreffend keine Servicegebühr für Gratisfraktionen im Abfallsammelhof Thun

Peter Aegerter (SVP) und Fraktion SVP vom 22. Januar 2021; Beantwortung

Peter Aegerter, **SVP-Fraktion**, sagt, dass die in der Beantwortung ausgeführten Fakten und Messwerte nachvollziehbar sind und eindeutig für den Nutzen dieser eingeführten Gebühr sprechen. Jedoch wird bei einer Statistik meist nur das geprüft, was eine eingeführte Massnahme unterstützt. Für ihn handelt es sich nicht um eine Servicegebühr, sondern um eine Lenkungsabgabe mit strafendem Charakter. Die Gebühr führt zu keinem Mehrwert, was aber nichts mit der guten Dienstleistung beim Abfallsammelhof zu tun hat. Seit langem sind die Zahlen in der Spezialfinanzierung Abfall defizitär. Es handelt sich um ein sehr volatiles Geschäft. Rohstoffe können plötzlich keinen monetären Wert mehr generieren. In der Gebührenordnung müssten Anpassungen vorgenommen werden. Dem Verursacherprinzip muss besser Rechnung getragen werden. Dabei sollen aber nicht primär die Grundgebühren erhöht werden. Der Gemeinderat prüft aktuell Massnahmen, die dem Ausgleich des Rechnungsergebnisses dienen. Aus Sicht des Gemeinderates hat die Gebühr das Ziel der angeblichen Lenkung erreicht. Damit wurde offensichtlich das Wording «Servicegebühr» falsch gewählt und die Gebühr hätte mit Lenkungsabgabe bezeichnet werden müssen. Der Gemeinderat will an der Gebühr festhalten und ist nicht bereit zu einer Kompromisslösung. Dazu gibt ihm das Reglement auch das Recht. Die Fraktion wird das Postulat einstimmig überweisen und gleichzeitig abschreiben.

Nina Siegenthaler, **SP-Fraktion**, teilt mit, dass sich kaum jemand über neue Gebühren und Abgaben freut. Die Begründung des Gemeinderates ist nachvollziehbar. Das Problem des hohen Defizits in der Spezialfinanzierung Abfallbeseitigung wird anerkannt. Gemäss Vorgabe des Kantons muss dieses Defizit bis in das Jahr 2027 ausgeglichen werden. Es besteht damit ein klarer Sanierungsauftrag. Der Gemeinderat hält in seiner Stellungnahme fest, dass der Abfallsammelhof nicht durch Steuergelder, sondern durch die Spezialfinanzierung finanziert wird. Es ist naheliegend, dass die Wiederherstellung des Rechnungsgleichgewichts auch via Sammelhof erfolgen muss. Der Gemeinderat muss gemäss Art. 16 des Abfallreglements der Stadt Thun bei der Festlegung von sämtlichen Gebühren den Bestand der Spezialfinanzierung und die Ergebnisse der Finanzplanung berücksichtigen. Die Fraktion empfiehlt grossmehrheitlich, das Postulat abzulehnen. Bei einer Annahme wird die Fraktion das Postulat abschreiben.

Sarah Zaugg, **Fraktion Grüne/JG**, findet die Servicegebühr von CHF 5.00 sinnvoll. Die Fraktion wird dem Gemeinderat folgen. Eine Gebühr stösst zuerst auf Ablehnung. Gleichzeitig ist sie zuversichtlich, dass der Grossteil der Bevölkerung Verständnis dafür hat. Zu Bedenken gibt es, dass einige Leute kleine Sachen wie

Altmetallteile oder andere Güter, welche nur dort entsorgt werden können, halt trotzdem in den Haushaltskericht werfen. Prüfwert wäre die Möglichkeit, dass alle Personen, die zu Fuss oder mit dem Fahrrad zum Abfallsammelhof gelangen, diese Gebühr nicht bezahlen müssten.

Simon Werren, **glp/BDP-Fraktion**, sagt, dass die Spezialfinanzierung Abfallbeseitigung in Schieflage ist. Eine Servicegebühr für den Abfallsammelhof ist deshalb vertretbar. Bereits jetzt konnte ein Rückgang der Besucher festgestellt werden. Die Stadt Thun informiert die Bevölkerung gut, wie Abfall am besten entsorgt werden kann. Dabei sieht man, dass man nicht immer zum Abfallsammelhof fahren muss. Einige der Fraktion haben aber auch Mühe mit der Servicegebühr. Da die Prüfung mit der Beantwortung des Postulats erfolgt ist, wird die Fraktion einstimmig annehmen und gleichzeitig abschreiben.

Alois Studerus, **Fraktion EVP+EDU+CVP**, erklärt, dass bei der Ausgangslage drei Punkte bestanden haben, welche für die Servicegebühr sprachen. Dies sind der Rückstau beim Abfallsammelhof, der Preis- und Wertstoffmarkt und die Schieflage der Spezialfinanzierung Abfallentsorgung. Eine Massnahme dagegen ist diese Servicegebühr. Sie führte zu den gewollten Zielen. Der defizitäre Betrieb wird mit jährlich CHF 250'000.00 unterstützt. Das Verkehrsproblem konnte entschärft werden. Mit dem Preis- und Wertstoffmarkt wird kaum noch Ertrag generiert. Das Defizit in der Jahresrechnung muss ausgeglichen werden. Es sollen eher die speziellen, nutzungsbezogenen Gebühren als der Grundbetrag erhöht werden. Die Fraktion folgt dem Gemeinderat, wird das Postulat annehmen und gleichzeitig abschreiben.

Hanspeter Aellig (FDP) erachtet es als offensichtlich, dass das System des Abfallsammelhofes an seine Grenzen stösst. Die Problemlösung kann aber nicht aus einer nicht nachvollziehbaren Servicegebühr bestehen. Dass es eine so hohe Besucherzahl gibt, spricht ja für die Reformation, dass Menschen den Abfall zum Abfallhof bringen, damit er fachgerecht entsorgt werden kann. Der Abfallsammelhof wird als komplementäres Angebot zu den Abfallsammlungen und den Unterfluranlagen angesehen. Die Entsorgungspreise in Thun sind moderat. Gemäss dem Gemeinderat funktioniert es, dass die gewünschte Lenkung erzielt wird. Es kommen weniger Leute zum Abfallsammelhof, aber mit mehr Abfall. Es handelt sich damit um ein Nullsummenspiel. Das Hauptproblem ist, dass zu viel Abfall erzeugt wird. Die Anreize müssen damit bei Herstellern platziert werden. Durch die Strafabgabe könnte die Problematik des Litterings wieder zunehmen. Die FDP wird das Postulat annehmen und abschreiben.

Gemeinderat Konrad Hädener sagt, dass der Stadtrat das Problem verstanden hat. Gemäss gesetzlicher Verpflichtung muss die Spezialfinanzierung wieder ins Lot gebracht werden. Der Aufwand kann kaum gesenkt werden. Damit muss der Ertrag erhöht werden. Die Einführung einer Gebühr als Belohnung scheint nicht durchsetzbar. Die Bezeichnung Strafgebühr gemäss Stadtrat Aegerter ist nicht falsch. Man soll sich nicht an der Begrifflichkeit aufhalten. Entgegen den Ausführungen von Stadtrat Aellig handelt es sich nicht um ein Nullsummenspiel. Gemäss aktuellen Berechnungen resultiert ein Plus von CHF 240'000.00. Dies ist ein Schritt in die richtige Richtung, nämlich zum Abbau des Minussaldos von CHF 830'000.00. Die Lenkungswirkung mit weniger Kunden, welche mehr Abfall bringen, ist gewünscht. Es ist weniger Papier angefallen. Dies ist nicht bedenklich, da kostenlose Papiersammlungen angeboten werden. Weitere Massnahmen werden notwendig sein. Eine Revision des Abfallreglements und der Abfallverordnung ist erforderlich. Zur Revision des Abfallreglements wird sich der Stadtrat spätestens im November äussern können. Eine Konzessionserhöhung bei der Altkleidersammlung steht zur Diskussion. Auch die Entsorgung für den Waffenplatz wird zu Mehreinnahmen führen. Ein weiteres Thema ist die Erhöhung der Grundgebühr, wobei die Bemessungsgrundlage der Bruttogeschossfläche aufgrund der Begrifflichkeiten im öffentlichen Baurecht entfällt. Es wird eine Anpassung erfolgen, die sich auch finanziell auswirken kann.

Peter Aegerter, **SVP-Fraktion**, teilt mit, dass die SVP die letzte Partei ist, welche gegen einen Rechnungsausgleich wäre. Fraglich ist, wieso es weitere Massnahmen braucht, wenn die Mehreinnahmen durch die Servicegebühr innerhalb von drei Jahren das Defizit ausgleichen können. Bei der Einführung dieser Gebühr wurde aber ein Rechnungsausgleich nicht öffentlich kommuniziert. Bei der Begrifflichkeit hätte man transparenter sein müssen.

Stadtratsbeschluss

Der Rat erklärt das Postulat mit 26 : 8 Stimmen für erheblich und schreibt es einstimmig ab.

54. Postulat P 2/2021 betreffend professionelle Kunst am Objekt; Streetart usw.

Fraktion EVP+EDU+CVP vom 22. Januar 2021; Beantwortung

Jonas Baumann-Fuchs, **Fraktion EVP+EDU+CVP**, wollte mit dem Vorstoss einen Kontrapunkt zur alltäglichen Monotonie setzen. Kunst am Objekt kann ein Zeichen von Aufbruch, Jugendlichkeit und Beweglichkeit darstellen. Diese Kunst darf nicht mit unschönen Schmierereien oder Tags verglichen werden. Es stimmt ihn zuversichtlich, dass bereits eine Projektidee vorliegt. Bei den Gestaltungskonzepten von Unterführungen sieht er noch Potential. Bei Objekten, welche nicht ausschliesslich im Eigentum der Stadt sind, kann die Stadt als Impulsgeberin agieren. Auch die Brücken hätten noch Potential. Er hofft, dass der Gemeinderat die Idee nicht als abgeschlossen betrachtet.

Barbara Lehmann Rickli (FDP) erläutert, dass mit der verdichteten Bauweise oft Grünflächen wegfallen. Den grauen Flächen wird mit Blumen und Sträuchern versucht, entgegenzuwirken. Dies gelingt nicht immer. Löblicherweise ist der Gemeinderat der Postulantin bereits zugekommen und nahm die Frage an die Hand. Es ist sinnvoll, dass das Projekt über einen regelmässig auszuschreibenden Wettbewerb durchgeführt wird. Die Option des Abbruchs bei Missbrauch soll vorbehalten werden. Die FDP wird das Postulat annehmen.

Philipp Deriaz, **SVP-Fraktion**, ist der Meinung, dass sich die Stadt hier nicht allzu gross engagieren muss. Die Absicht des Postulats gefällt ihm aber gut, da die Kosten für die Beseitigung von Schmierereien verhindert werden können. Er ist aber auch der Ansicht, dass durch dieses Postulat keine einzige Schmiererei verhindert werden kann. Diese Personen sind nicht künstlerisch veranlagt und werden schon nur wegen der fehlenden Fachkompetenz nicht in der Lage sein, ein schönes Graffiti zu erstellen. Die Stadt macht bereits mehr, als das Postulat verlangt. Die SVP sieht dies kritisch und nicht als Ausgabe der Stadt.

Reto Kestenholz, **Fraktion Grüne/JG**, teilt mit, dass die Fraktion das Postulat unterstützt. Er findet es schön, dass Jugendliche Auslöser für dieses Postulat gewesen sind. Die Hoffnung ist gross, dass bei organisiertem Vorleben von Gestaltung im öffentlichen Raum Leute angezogen werden können, welche mit ihren Werken mehr Unmut schaffen als Respekt für vielfältige Kunst. Kräfte müssen gebündelt, Talente gefunden und gefördert werden. Entsprechende Workshops sind begrüssenswert. Synergien mit anderen Organisationen müssen gebündelt werden, damit die Stadt nicht zu viel Aufwand betreiben muss. Die Höhe der Kosten hat ihn überrascht. Diese konnten ihm aber erklärt werden. Qualität hat seinen Preis. Beim Einbezug von Synergien und Freiwilligen wird es sicher gute, individuelle Lösungen geben. Festzuhalten ist, dass gerade junge Locals sich mit einer farbigen Stadt eher identifizieren können und sich wohl fühlen werden. Zudem kann es eine Touristenattraktion darstellen.

Vera Vuille, **SP-Fraktion**, findet die Idee von einem neuen Kunstprojekt im öffentlichen Raum schön. Mit regelmässigen Neuaufgaben, wie der Gemeinderat dies vorsieht, könnte nicht nur die Vielfalt der Kunst im öffentlichen Raum, sondern auch mehrere Kunstschaaffende gefördert werden. Die Kunst der Graffitis hat aber eine Geschichte. So wie sie heute gelebt wird, stösst sie in Thun auf Unverständnis. Es wird viel ausgegeben und gerade kürzlich führte diese Art der Kunst zu einer Diskussion über Vandalismus und jugendliche Delinquenz. Es handelt sich bei Streetart um kontroverse Politik. Es sind meist Jugendliche, welche sich über diese Kunstform identifizieren. Diese wehren sich, dass ihre Kultur immer mehr aus dem öffentlichen Raum verdrängt wird. Oft fehlen die Möglichkeiten, dass sich Jugendliche mit dieser Kunstform austoben können. Spraywände wären hier eine Lösung. Professionelle Ausschreibungen kommen den Jugendlichen der Stadt Thun kaum zugute. Die Zurückaneignung der zur Verfügung gestellten Flächen wäre damit vorprogrammiert. Geld, das hier für Jugendkultur ausgegeben werden soll, unterstützt die Jugend nicht. Die Fraktion wird das Postulat entschieden ablehnen.

Glauser Nicolas, **glp/BDP-Fraktion**, teilt mit, dass sich die Fraktion freut, dass aus dem Postulat direkt ein Pilotprojet entstanden ist, und wird das Postulat annehmen. Die leere Betonwand beim Mühleplatz ist dabei gut geeignet und er freut sich auf die künstlerischen Eingaben und die Umsetzung. Ein gutes Vorbild kann positive Effekte auf die unprofessionellere Szene haben. Die Höhe der Kosten hat die Fraktion zuerst erstaunt. Im professionellen Kunstbereich gelten offenbar andere Massstäbe. Er hofft, dass sich diese in der Qualität der Umsetzung zeigen werden.

Gemeinderat Roman Gimmel erörtert, dass die Stadt bereits inspiriert war. Während der zur Verfügung stehenden Zeit für eine Vorstossantwort hätte kein Pilotprojekt ins Leben gerufen werden können. Das Postulat hat aber geholfen, die integrierten Ideen mitzuentwickeln. Er kann sich vorstellen, dass ein Konzept für Unterführungen gemacht werden wird. Zuerst wird aber mit dem Pilotprojekt gestartet. Bei den drei grössten Unterführungen wurde ein Gesamtkonzept gemacht. Beim Bahnhof musste noch die Fussgängerunterführung abgewartet werden. Dabei geht es aber auch um die Akustik, womit diese Unterführung wohl nicht am geeignetsten ist für ein solches Konzept. Was im Preis alles enthalten ist, konnte in der SAKO geklärt werden. Wenn der budgetierte Betrag zu hoch ist, wird dieser korrigiert werden. Auf das Votum der SP wird er ein anderes Mal reagieren.

Jonas Baumann-Fuchs, **Fraktion EVP+EDU+CVP**, bezieht sich auf das Votum der SP. Wenn man mit professionell alles was Kommerz ist, verbindet, hat man den Begriff wohl zu eng aufgefasst. Mit dem Postulat kann er sich auch vorstellen, dass Wände freigestellt werden können, auf welchen solch weniger kommerziellen Projekte realisierbar sind. Professionell bedeutet für ihn geführt, gelotst. Es gibt durchaus Jugendliche in Thun, welche sich in ein solches Gefäss hineingeben würden. Er ist höchst irritiert über das Votum der SP und empfindet es eher als ideologisch, als Argumente aufgeführt worden sind.

Stadtratsbeschluss

Der Rat erklärt das Postulat mit 18 : 15 Stimmen bei einer Enthaltung als erheblich.

55. Postulat P 4/2021 betreffend pandemiebedingte Gefährdung des Aufenthaltsstatus verhindern

Fraktion SP vom 18. Februar 2021; Beantwortung

Alice Kropf, **SP-Fraktion**, führt aus, dass Armut kein Verbrechen ist und so muss in erster Linie die Armut bekämpft und nicht die Armen bestraft werden. Nachfolgend begründet sie den Antrag auf nicht abschreiben. Die Auswirkungen der Corona-Pandemie treten in der Sozialhilfe verzögert in Erscheinung. Bei den Einbürgerungen war die Problematik deshalb bis anhin kein Thema. Da dies in Zukunft geschehen könnte, soll mit der Abschreibung zugewartet werden. Sie bezweifelt zudem, dass die Information, wonach Personen, welche aufgrund der Pandemie von der Sozialhilfe unterstützt worden sind, nicht um ihre Einbürgerung fürchten müssen, bei den richtigen Kreisen angekommen ist. Die Kommunikation muss zielgruppenorientiert verbessert werden. Es soll mit den richtigen Organisationen zusammengearbeitet werden.

Markus van Wijk (FDP) merkt an, dass die geltende Rechtslage den Aufenthaltsstatus von im Postulat erwähnten Personen in keiner Weise gefährdet. Die Zuständigkeiten hierfür in der Stadt Thun wurden ausreichend erklärt und bestätigt. Die FDP wird das Postulat annehmen und abschreiben.

Cloe Weber, **Fraktion Grüne/JG**, begrüsst den vorliegenden Vorstoss. Ein Jobverlust und ein verkleinertes Budget ist für die Betroffenen keine einfache Situation. Es darf nicht sein, dass man in einer solchen Situation auf Sozialhilfe verzichtet, weil man um die Einbürgerung fürchtet. Es ist erfreulich, dass die betroffenen Einzelfälle sorgfältig geprüft werden. Die Stadt Thun soll für die notwendige Kommunikation mit den geeigneten Institutionen zusammenarbeiten. Die Fraktion wird das Postulat annehmen aber nicht abschreiben.

Manfred Locher, **Fraktion EVP+EDU+CVP**, unterstützt die Stossrichtung des Postulats und den Antrag des Gemeinderates. Die Fraktion wird das Postulat annehmen und abschreiben.

Eveline Salzmann, **SVP-Fraktion**, teilt mit, dass sich die Fraktion dem Antrag des Gemeinderates einstimmig anschliesst. Auch eine neue Medienmitteilung würde wie die bisherigen nicht gelesen werden. Viele Betriebe wurden wieder geöffnet und eine rückwirkende Information ist nicht notwendig. Die Postulantin hat zudem die Möglichkeit, die Antwort des Gemeinderates an die geeigneten Stellen weiterzuleiten.

Simon Werren, **glp/BDP-Fraktion**, will nicht, dass wegen Covid-19 bezogene Sozialhilfe negative ausländerrechtliche Konsequenzen hat. Da jeder Fall von den Migrationsdiensten sorgfältig geprüft wird, ist gewährleistet, dass keine Gefährdung vom Aufenthaltsstatus wegen der Pandemie besteht. Die Fraktion wird das Postulat annehmen und gleichzeitig abschreiben.

Gemeinderat Peter Siegenthaler teilt mit, dass sich die Anzahl der Neuanmeldungen für den Bezug von Sozialhilfe im normalen Rahmen befindet. Einzig bei den selbständig Erwerbenden hat eine Zunahme stattgefunden. Diese können von den Angeboten wie der regionalen Arbeitsvermittlung nur eingeschränkt profitieren. Bei allen anderen betrifft die angesprochene Problematik nur sehr wenige Fälle, weshalb er an seinem Antrag auf Annahme und Abschreibung festhält. Jeder Einzelfall muss von den Migrationsdiensten und der Abteilung Soziales genau überprüft werden.

Stadtratsbeschluss

Der Rat erklärt das Postulat einstimmig als erheblich und schreibt es mit 18 : 13 Stimmen bei drei Enthaltungen ab.

56. Postulat P 3/2021 betreffend Gewinnung von Wasserstoff durch Nachtaarestrom der Energie Thun AG

Mark van Wijk (FDP), Barbara Rickli-Lehmann (FDP), Hanspeter Aellig (FDP) vom 18. Februar 2021; Beantwortung

Markus van Wijk (FDP) ist froh um den Antrag des Gemeinderates auf Annahme und ist mit der Abschreibung einverstanden. Sollte diese wichtige Thematik in der Stadt Thun nicht adäquat behandelt werden, wird die FDP den Gemeinderat erneut mit einem Vorstoss beglücken. Die Entwicklung des Wasserstoffes hat nicht nur operativen Charakter und verbleibt damit nicht ausschliesslich im Einflussbereich der Energie Thun AG. Die Exekutiven verstecken sich oft hinter den Eigentümerstrategien der Unternehmen. Entscheidende Entwicklungen werden so nicht mitgestaltet. Für Thun könnte die Produktion von Wasserstoff einen USP darstellen. Die Energie Thun AG gehört zudem zu 100 % der Stadt Thun. Eine Einflussnahme in einer so wichtigen Entwicklung sollte somit möglich sein. Einige Unternehmen in Thun würden sich zudem an diesem Projekt finanziell beteiligen. Die FDP ist gespannt auf die geplante Machbarkeitsstudie und erwartet vom Gemeinderat, dass der Stadtrat zeitnah darüber informiert wird.

Daniela Huber Notter, **glp/BDP-Fraktion**, sagt, dass Wasserstoff einen wichtigen Beitrag zur Energiewende leisten kann. Das Aarewerk ist für die Produktion aber nur bedingt geeignet. Obwohl die Energie Thun AG zu 100 % der Stadt Thun gehört, muss zwischen strategischer und operativer Ebene unterschieden werden. Es soll die Machbarkeitsstudie abgewartet werden. Die Fraktion nimmt das Postulat an und schreibt es ab.

Marc Barben, **Fraktion Grüne/JG**, freut sich, dass sich in der Stadt Thun dem Thema Wasserstoff angenommen wird. Die Antwort des Gemeinderates weist im Thema Einflussnahme auf die Energie Thun AG eine Ambivalenz auf. Die Fraktion möchte die Antwort so verstanden haben, dass die Stadt Thun 100 % der Aktien besitzt und zwei Exekutivmitglieder im Verwaltungsrat sitzen und damit einen grossen Einfluss auf die Energie Thun AG hat. Wasserstoff ist eine wichtige Zukunftstechnologie, die einen Beitrag zum

Klimawandel leisten wird. Die Fraktion ist gespannt auf die Machbarkeitsstudie und wird das Postulat annehmen und abschreiben.

Verena Schneiter, **Fraktion EVP+EDU+CVP**, teilt die Meinung des Gemeinderates, wo die Brennstofftechnologie geeignet ist und wo weniger. Insbesondere für LKWs ist diese Technologie vorteilhaft. Es braucht zeitnah eine Tankstelle in der Region Thun. Denkbar ist ein Standort bei der Tankstelle beim Stadion bei Thun Süd mit Autobahnaus- und -einfahrt in unmittelbarer Nähe. Es wäre sinnvoll, wenn der Wasserstoff hier aus überflüssigem Solarstrom oder aus Nachtaarestrom hergestellt werden würde. Dies ist aber keine Bedingung für den Start. Sie hofft, dass die Erstellung einer Tankstelle unabhängig von der Machbarkeitsstudie, auf welche sie sehr gespannt ist, durchgeführt wird. Die Fraktion wird das Postulat annehmen und abschreiben.

Christoph Lauener, **SVP-Fraktion**, glaubt, dass Wasserstoff in Zukunft ein wichtiger Energieträger sein wird, wohl noch wichtiger als Solarenergie. Die Herstellung von Wasserstoff aus Nachtstrom der Aare ist primär ein operatives Thema. Wie sich der Strommarkt in Zukunft liberalisiert, bleibt offen. Wenn sich der freie Markt durchsetzt, entscheidet jeder Bezüger selbst, wo er seinen Strom einkaufen will, wodurch ein Preiskampf entstehen wird. Die Investitionen, welche die Energie Thun AG machen müsste, und die finanziellen Risiken müssen gut geprüft werden. Die Stadt als Eignerin trägt die Risiken. Es muss den Machbarkeitsbericht abgewartet werden. Er fragt den Gemeinderat, ob bekannt ist, ob die Energie Thun AG das Knowhow im Bereich Wasserstoff ausbauen wird. Die Fraktion ist für Annahme und gleichzeitige Abschreibung.

Franz Schori, **SP-Fraktion**, führt aus, dass das abgelehnte CO₂-Gesetz die Wichtigkeit von Technologien von allen Seiten zur Energiewende aufführt. Er hat Verständnis für die Trennung von operativen und strategischen Anliegen. Auch der Missmut betreffend die Mitsprache bei der Energie Thun AG wird aber verstanden. Die Eigentümerstrategie hat er bis heute nicht gesehen. Er wünscht sich, dass das Parlament dabei mitsprechen könnte. So könnte auch die Einteilung zwischen operativem und strategischem Geschäft besser verstanden werden. Die Fraktion wird das Postulat annehmen und abschreiben.

Gemeinderätin Andrea de Meuron teilt die Meinung, dass Wasserstoff ein grosses Potential hat. Die Stadt hat den ersten Anlass hierzu durchgeführt. Es soll abgewartet werden, was die Machbarkeitsstudie bringt. Es ist aber nicht nur die Machbarkeitsstudie der Energie Thun AG, sondern auch der AVAG. Die Energie Thun AG gehört zu 100 % der Stadt Thun und über die Eigentümerstrategie wird Einfluss genommen. Auch hält die Exekutive zwei Verwaltungsratssitze. Die Stadtratsmitglieder dürfen darauf vertrauen, dass zum Erreichen des Klimaziels die Tochter Energie Thun AG entsprechende Entscheide mitfällen wird. Dies sieht man am Wasserkraftwerk Hohgant und am Ausbau der Fernwärme. Betreffend Abschreibung ist sie der Meinung, dass heute nicht mehr gemacht werden kann und soll. Sie hofft, dass die Energie Thun AG die richtigen Schlüsse aus der Machbarkeitsstudie zieht. Diese wird ergeben, ob die Energie Thun AG das Knowhow im Bereich Wasserstoff aufbauen wird.

Markus van Wijk (FDP) sagt, dass sein Verständnis von operativer und strategischer Angelegenheit so ist, dass bei der Entscheidung, ob überhaupt Wasserstoff produziert werden soll, durchaus ein strategischer Charakter vorliegt. Die Frage, wann und wie diese hergestellt werden soll, ist ein operativer Entscheid.

Stadtratsbeschluss

Der Rat erklärt das Postulat einstimmig als erheblich und schreibt es einstimmig ab.

57. Interpellation I 2/2021 betreffend «Digitalisierung: Angebotserweiterung im Kontext von Sars-Cov2»

Hanspeter Aellig (FDP), Barbara Lehmann Rickli (FDP) und Markus van Wijk (FDP) vom 18. Februar 2021; Beantwortung

Markus van Wijk (FDP) sagt, dass er teilweise befriedigt ist und er gerne kurz diskutieren möchte.

Der Rat genehmigt die Diskussion.

Markus van Wijk (FDP) ist der Meinung, dass es sich um eine zentrale Fragestellung in der Gesellschaft handelt. Krisen bergen Gefahren und Chancen. Vorliegend wurden die Chancen nur bedingt wahrgenommen. Positiv ist, dass das WRT-Coronavirus-Portal aufgebaut worden ist, wobei es auch hier noch Verbesserungspotential gibt. Bei den meisten anderen behandelten Themenkreisen stand die Stadt im Fokus, aber nicht der Normalbürger. Es wurden keine weiteren Massnahmen beschlossen oder aufgezeigt. Die Entscheide betreffend Informatik an der Volksschule oder das Bikesharingsystem wurden bereits viel früher getroffen. Andere Entwicklungen wie die Parking-Apps sind aufgrund von Dritten in die Welt gerufen worden. Streamings sind sodann keine wirkliche digitale Entwicklung. In analoger Zeit waren dies simpel Radio- oder TV-Übertragungen. Entscheidend wäre eine Möglichkeit der digitalen Partizipation der Bürger. Andere Städte sind hier bereits deutlich weiter. Er ist gespannt, was die angekündigte Digitalisierungsstrategie bringen wird.

Philipp Deriaz, SVP-Fraktion, sagt, dass Themen wie die Digitalisierung bei Smart City unterschiedlich wahrgenommen werden. Die betreffenden Konzepte von Verkehr, Digitalisierung und Raumordnung müssen nun abgewartet werden. Ein Vorteil der Pandemie war der Digitalisierungsschub. Es muss technisch in die Zukunft geblickt werden, aber es soll nicht im Pandemiemodus verharret werden.

Franz Schori, SP-Fraktion, ist der Ansicht, dass die Stadt Thun und gerade ihre Informatikdienste während der Pandemie grossartige Leistungen erbracht haben. Hunderte Arbeitsplätze mussten innerhalb von kürzester Zeit auf Homeoffice umgestellt werden. Als Verfasser des Vorstosses für eine Digitalisierungsstrategie für die Stadt ist ihm einleuchtend, dass es zwischen dieser mit Wirkung gegen innen und der Smart City-Strategie mit Aussenwirkung eine klare Trennung gibt. Die Stadt Thun hat für die Verbesserung der City-App viel beigetragen. Eine Radio- und TV-Übertragung ist zudem nicht simpel. Die Stadt hat grosse Leistungen mit Streaming vollbracht. Die Stadt Thun ist mit der Digitalisierungsstrategie und mit der Smart City-Strategie auf dem richtigen Weg.

Marc Barben, Fraktion Grüne/JG, ist erfreut, zu sehen, was im Bereich Informatik bereits umgesetzt worden ist. Er wartet gespannt auf die Digitalisierungsstrategie und die digitale Partizipationsplattform. Er hofft auf weitere innovative Ideen in der Digitalisierung.

Daniela Huber Notter, glp/BDP-Fraktion, sagt, dass die Pandemie die Stadt Thun fünf Jahre nach vorne katapultiert hat. Es müssen aber auch die Bedürfnisse der Bürgerinnen und Bürger berücksichtigt werden.

Gemeinderätin Andrea de Meuron sagt, dass viele Vorhaben im Bereich Digitalisierung bereits vor Corona vorangetrieben worden sind. Die Pandemie führte zu einem Schub. Eine vorausschauende Planung trug dazu bei, dass alle Leistungen aufrechterhalten werden konnten. Betreffend Partizipation hat sich noch keine Plattform durchgesetzt. Im Bezug mit der Attraktivierung der Innenstadt ist eine E-Mitwirkung geplant. Diese ist einfach umsetzbar und kostengünstig. Es soll nun versucht werden, wie dies funktioniert. Auch bei der Digitalisierungsstrategie dauert es länger als gewünscht. Dies ist auch den Ressourcen geschuldet. Das Projekt konnte endlich gestartet werden. Es wurde ein Prozessausschuss gebildet, welcher bereits getagt und erste Grundlagen erarbeitet hat. Diese wird nicht mit externen Partnern erarbeitet, weil ein Schwerpunkt auf den internen Prozessen liegen soll. Bei Smart City sollen hingegen externe Partner miteinbezogen werden, damit die Wirtschaft und Bevölkerung so gut als möglich abgeholt werden

können. Es ist geplant, dass die Digitalisierungsstrategie im April 2022 fertig gestellt wird. Zuständig ist der Gemeinderat, aber der Stadtrat wird in Kenntnis gesetzt werden.

58. Fragestunde F 10/2021 betreffend neue Ein- und Ausstiege in die Aare im Bereich Bächimatte-Hofstetten

Thomas Hiltbold (Grüne) vom 22. Juni 2021; Beantwortung

Die Fragestunde F 10/2021 wird schriftlich beantwortet.

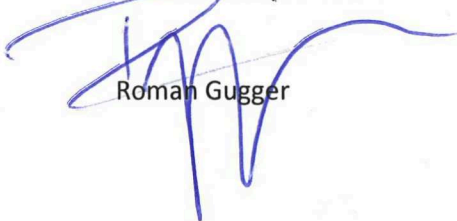
Mitteilungen

Der Stadtratssekretär teilt mit, dass die Umsetzung der Parteigründung «Die Mitte» vom 16. Juni 2021 und die dazugehörigen Beschlüsse insbesondere betreffend Zusammensetzung der Sachkommissionen in Absprache mit den direkt betroffenen Fraktionen und Stadratsmitgliedern in der Augustsitzung des Stadtrats erfolgen.

Eingänge

- Postulat P 8/2021 betreffend die Anpassung des Geschäftsreglements des Stadtrates in Bezug auf die Einreichung und Behandlung von parlamentarischen Vorstössen; Reto Schertenleib (SVP), Fraktion SVP, Hanspeter Aellig (FDP), Barbara Lehmann Rickli (FDP), Markus van Wijk (FDP) vom 24. Juni 2021

Der Stadtratspräsident



Roman Gugger

Der Stadtratssekretär



Christoph Stalder